



Junge Liberale Krefeld e.V. | Nordstraße 74 | 47798 Krefeld

Datum: 13.06.2024

## **Junge Liberale und Junge Union fordern klare Distanzierung von problematischen Äußerungen**

In den letzten Tagen hat eine Reihe von Äußerungen von Salih Tausoglu erhebliche Empörung in der Krefelder Kommunalpolitik ausgelöst. Dieser fiel durch Äußerungen als Redner auf einer Pro-Palästinenser-Demonstration und in den sozialen Medien auf. Der Ratsheer brachte jüngst eine Resolution in den Rat ein, welche keinen Zuspruch bei den Ratsfraktionen der Mitte bekam. In einer persönlichen Erklärung des Juso-Vorsitzenden Karim Kasdaghi unterstützt dieser das Anliegen von Tausoglu.

Die Jungen Liberalen Krefeld und die Junge Union Krefeld zeigen sich besorgt über die jüngsten Äußerungen von Ratsherr Salih Tausoglu, die er auf sozialen Medien getätigt hat. Ein Mitglied der Jungen Liberalen Krefeld spielte dem Vorstand ein selbstaufgenommenes Video einer WhatsApp-Story von dem Ratsherrn zu, in dieser er mehrere Posts von seinem Facebook-Account geteilt hat. Diese Posts relativierten unter anderem den Holocaust und setzten Gaza mit Konzentrationslagern gleich.

Paolo M. AGUILAR SANCHEZ, Vorsitzender der Jungen Liberalen Krefeld:

"Salih Tausoglu fällt seit geraumer Zeit mit unerträglichen Postings auf Facebook auf. Zuletzt relativierte er den Holocaust und unterstellte Deutschland, sich an dem 'Konzentrationslager Gazastreifen' zu beteiligen. Es ist absolut unangebracht, NS-Begriffe zu verwenden, um das Leid im Gazastreifen, so fürchterlich es ist, mit einem industriellen Völkermord gleichzusetzen. Solche Vergleiche verharmlosen die Gräueltaten des Nationalsozialismus. Kasdaghi hat sich öffentlich hinter Tausoglu gestellt, um dessen Ratsanliegen zu unterstützen. Dies erweckt den Eindruck, dass die problematischen Aussagen von Tausoglu gebilligt oder zumindest nicht in ausreichendem Maße kritisiert werden. Solidarität mit jemandem zu zeigen, der solche Aussagen tätigt, wirft Fragen über die Sensibilität und das historische Bewusstsein auf."

Marc Julia VAN OIRSCHOT, Vorsitzender der Jungen Union Krefeld:

"Es ist unbegreiflich, wie man sich auf der einen Seite gegen rechts einsetzt und dann auf der anderen Seite jemanden unterstützt, der NS-Begriffe verwendet. Mit dem Blick auf die Kommunalwahl 2025 beunruhigt es mich sehr, dass jemand Verantwortung für unsere Stadt übernehmen könnte, der solches Gedankengut teilt bzw. verharmlost. Die Aussage von Karim Kasdaghi, dass die Resolution Migranten das Gefühl von Gerechtigkeit zurückbringen würde, ist einseitig auf Migranten muslimischen Glaubens gerichtet. Sie korrumpiert den Begriff Gerechtigkeit regelrecht. Zahlreiche jüdische Mitbürger mit Migrationshintergrund leiden massiv unter den wachsenden Antisemitismus seit dem Angriff der Hamas auf Israel. Für diese ist

## **Norbert Seidowski**

Pressesprecher und stellv.  
Kreisvorsitzender der Jungen  
Liberalen Krefeld e.V.

### **Adresse:**

Junge Liberale Krefeld e.V.  
Nordstraße 74  
47798 Krefeld

### **Kontakt:**

Tel: +49 157 70339181  
<https://julis-krefeld.de/>  
nseidowski@julis.de

Eingetragen beim

AG Krefeld

Registernummer 050104

### **Bankverbindung**

Junge Liberale Krefeld e.V.  
Commerzbank Krefeld  
IBAN: DE11 3208 0010 0709  
4346 00  
BIC: DRESDEFF320  
Gläubiger-ID:  
DE14ZZZ00001253636



die Resolution von Tausoglu ein Schlag ins Gesicht. Die Folge ist, dass Sorge und Ängste von Menschen mit jüdischem Glauben noch größer werden. Schon heute trauen sich zahlreiche Menschen jüdischen Glaubens nicht, ihre religiösen Symbole in der Öffentlichkeit zu tragen. Es ist jetzt mehr denn je unsere Aufgabe als Politik den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dieses Ziel erreichen wir erst, wenn jeder Mensch unabhängig seines Glaubens in Krefeld sicher leben kann.“

Es ist für uns als Junge Union und Junge Liberale unbegreiflich, dass Juso-Vorsitzender Karim Kasdaghi sich mit Herrn Tausoglu solidarisiert hat. Diese Solidarisierung bedeutet eine Unterstützung von Positionen, die nicht mit den Werten einer offenen und pluralistischen Gesellschaft vereinbar sind. Es darf nicht sein, dass politische Vertreter ungeprüft und unreflektiert in eine Richtung agieren, die Hass und Spaltung fördert. Das schädigt, das Zusammenleben aller.

---